



Liebe Leserinnen und Leser,

Am 15. August dieses Jahres hat die NRW-Ministerpräsidentin zwei weitere Kraftwerksblöcke des RWE Kraftwerkes Grevenbroich-Neurath offiziell in Betrieb genommen. Das Braunkohle-Kraftwerk wird fortan jährlich etwa 16 Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Atmosphäre blasen.



Der BUND und die Klima-allianz hatten zu einer Mahnwache aufgerufen

Die Braunkohle soll über Jahrzehnte u.a. aus dem Tagebau Garzweiler II angeliefert werden - mit katastrophalen Folgen für Mensch, Natur und Umwelt.

Vor fast 5 Jahren (8.12.2007) haben tausende Menschen in Neurath für mehr Klimaschutz und gegen neue Kohlekraftwerke demonstriert. Diese Demonstration war der Startimpuls für eine neue Bewegung, die die Kohleakteure von RWE bis STEAG, von Kolumbien bis Südafrika kritisch unter die Lupe nimmt. Auch die Gründung unseres Klimabündnisses Niederrhein folgte im Anschluss an diese Aktionen.

Noch betreibt RWE mit dem Rheinischen Braunkohlerevier Europas größte CO₂-Quelle. Seit der Streuobstwiesenbesetzung 2008 beim

Tagebau Garzweiler II und den folgenden Klimacamps bringen Initiativen und WaldbesetzerInnen frischen Wind in den Widerstand gegen die Kohlepolitik. Ein Wind, der unsere ausdrückliche Unterstützung und Solidarität verlangt.

Es grüßt Euch recht herzlich,
Klaus Kubernus-Perscheid

Inhalt:

Brief aus Riohacha, Kolumbien

Spannendes Forum auf den
Duisburger Umwelttagen

Wald statt Kohle

Reportage: Ein umweltpolitischer
Sonntagsausflug ins Rheinische
Braunkohle-Revier

Klimaratschlag Juni 2012

Gasbohren: Zu den Gutachten von
UBM und NRW

Fachtagung „Risikotechnologie
Erdgas-Fracking – Problem- und
Handlungsfelder“

Jenseits des Wachstums

Elektromobil in der Kommune

Termine

Das Klimabündnis Niederrhein

Brief aus Riohacha, Kolumbien

Das Kohlebergwerk El Cerrejón in Kolumbien ist die größte Tagebauminerale in Lateinamerika. Von dort bezieht der Energiekonzern Steag überwiegend seine Importkohle für Deutschland. Steag gehört mehrheitlich einem Konsortium, an dem die Dortmunder Stadtwerke DSW21 und DEW21 beteiligt sind. Damit profitieren die Energieversorger von der billig produzierten Kohle. Vor Ort in Kolumbien zahlen die Menschen die Zeche: Kleinbauern werden gewaltsam vertrieben oder unzureichend entschädigt. Wälder werden gerodet, Flüsse umgeleitet und riesige Abraumhalden produziert. Der offene Transport der Kohle mitten durch Ortschaften führt zu weiteren Gesundheits- um Umweltschäden. Wir dokumentieren hier einen Brief (29.8.2012) von den Mitgliedern der indigenen Gemeinschaft an den Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, der auch Vorsitzender des Aufsichtsrates von DSW21 ist. Sebastian Rötters von FIAN hat ihn übersetzt.

The logo for DSW21, with 'DSW' in red and '21' in grey.

Sehr geehrter Herr Sierau,
seien Sie herzlich begrüßt vom Volk der Wayúu-Indigenen und von uns, den Mitgliedern der indigenen Gemeinschaft des Wayúu-Reservats Provincial, einer Gemeinde aus dem Landkreis Barrancas im Department La Guajira, Kolumbien. Wir haben von dem Brief des Unternehmens STEAG erfahren, in dem das Unternehmen Bezug nimmt auf die Situation in unserem traditionellen Siedlungsgebiet und die Aktivitäten des Bergbauunternehmens Cerrejón.

Als uns der Brief in unserer Heimat übergeben und übersetzt wurde, fühlten wir einen tiefen Schmerz. Wir sind hier versammelt, doch einige Stühle sind leer geblieben, weil mehrere unserer Brüder und Schwestern gestorben sind. Sie starben an Krankheiten, die uns kein Arzt in diesem Department bestätigen will, da die Ärzte und Krankenhäuser in unserer Region mit dem Bergbau-Unternehmen zusammenarbeiten. Wenn wir an Atemwegserkrankungen leiden, geben uns die Ärzte ein paar Tabletten und schicken uns nach Hause. Später, wenn jemand stirbt, gibt uns niemand Auskunft.

COMPLIANCE

Wir haben schon oft gehört, wie das Unternehmen über „Verantwortung“ und „Mindeststandards“ in unserem Siedlungsgebiet spricht, aber die Praxis ist eine andere. Wir weisen mit Nachdruck darauf hin, dass freiwillige Vereinbarungen wie der UN Global Compact wichtig sind, aber sie sind und bleiben freiwillige Vereinbarungen. Doch wer überprüft seine Einhaltung und Umsetzung? In diesem Zusammenhang ist es interessant zu erfahren, dass die Firma STEAG einen Mitarbeiter entsendet, der „unabhängig von den Personen, die für die Produktwahl zuständig sind“ die Situation hier untersuchen kann. Doch wir laden diese Person ein, nicht nur mit dem Unternehmen zu sprechen, sondern auch andere Gemeinden sowie unser Reservat zu besuchen, welches direkt im Nordwesten neben der Cerrejón-Mine liegt. Wir sind direkt betroffen von jenem Kohleabbau, der rund um die Uhr, 24 Stunden am Tag, betrieben wird und bedauern in diesem Fall sehr, dass weder wir noch AACIWASUG (Vereinigung der indigenen Räte der südlichen Guajira)¹ von der Firma STEAG befragt wurden, welche Folgen für uns der Kohleabbau durch Cerrejón hervorgerufen und wie dieser Kohleabbau unsere Lebensgrundlage zerstört hat.

VERTREIBUNG

Das Unternehmen bedient sich verschiedener Strategien, um die Menschen von ihrem Land zu vertreiben. Beispielsweise werden Strom oder Wasser abgestellt, das Telecom-Büro, eine Grundschule, eine weiterführende Schule oder ein Gesundheitsposten geschlossen, der Friedhof oder einzelne Häuser zerstört. Zudem wird das Wasser aus dem Fluss umgeleitet, damit es der multinationale Konzern nutzen kann und nicht die Gemeinschaft. All dies schwächt unsere spirituelle Kraft und destabilisiert unsere Lebensgrundlage dahingehend, dass Gemeinschaften Stück für Stück ihr Land verlassen und leere Dörfer zurückbleiben. Dann kommt die Firma und kauft die Grundstücke weit unter Wert oder eignet sich die Grundstücke an ohne überhaupt etwas dafür bezahlt zu haben. In einigen Fällen bietet uns Cerrejón sogenannte „Umsiedlungen“ an, was für uns aber nichts anderes ist als eine erzwungene Vertreibung. Der Brief der Firma STEAG gibt an, dass sich Cerrejón aktiv in die Gemeinden einbringt bei der Erstellung der sogenannten „Umsiedlungen“, aber ist dies wirklich ein Fortschritt? Wir verlieren unser Land, können keine Landwirtschaft oder

extensive Viehzucht mehr betreiben, weil kein Boden mehr zur Verfügung steht. Wir sind eingeschlossen in unseren Reservaten; und von ehemals unabhängigen Kleinbauern, die wir waren, haben wir uns heute in „Konsumenten“ und Kleinunternehmer verwandelt, die abhängig sind von der Entscheidung eines Unternehmens, welches unsere Rechte verletzt. Nach mehr als 30 Jahren Kohleabbau in der Guajira leben nach wie vor 63 Prozent der Bevölkerung des Departments in Armut, 37,4 Prozent davon sogar in extremer Armut. Das heißt, sie verschmutzen unser Land oder nehmen es uns weg und danach schicken sie uns ein paar Psychologen, damit diese die heftigen Auswirkungen der Umsiedlungen abmildern sollen. Ist das der sogenannte „Verantwortungsvolle Bergbau“?

DIE KONSULTATION IST EIN FUNDAMENTALES RECHT

Zu allem Überfluss möchte nun das Unternehmen den wichtigsten Fluss des Departments La Guajira, den Ranchería-Fluss, auf einer Länge von 26 Kilometern umleiten mit dem Ziel, an die 500 Millionen Tonnen Steinkohle zu gelangen, die unter seinem Flussbett lagern. Wir sagen ganz klar „Nein zur Umleitung des Ranchería- Flusses“, denn dieses Projekt würde das Ende für unsere Gemeinden bedeuten und hätte gravierende und irreparable ökologische, soziale und kulturelle Folgen. Mit dieser Position stehen wir nicht allein da. Weite Teile der Bevölkerung haben sich gegen diesen Vorschlag der Flussumleitung ausgesprochen. In einer Umfrage von August 2012 sprachen sich 92,3 Prozent der Guajira-BewohnerInnen gegen dieses Projekt aus.

In diesem Zusammenhang möchten wir klarstellen, dass anders als dies fälschlicherweise in dem Brief der STEAG dargestellt wird, das Unternehmen Cerrejón im Rahmen dieses Flussumleitungsvorschlags keinen „Dialog“ mit den indigenen und afrokolumbianischen Gemeinden im Einzugsbereich des Flusses geführt hat.

Die Regierung ist dazu verpflichtet, uns über jedwedes Projekt der Bergbauindustrie, welches auf unserem Siedlungsgebiet realisiert werden soll, zu befragen und zwar vorab, frei und informiert, dass heißt bevor der Projektbeginn angesetzt wird. Dies ist unser fundamentales Recht, welches sowohl in der kolumbianischen Verfassung als auch in zahlreichen internationalen Menschenrechtsabkommen und Verträgen verankert ist. In diesen „Konsultationen“ ist auch die Firma Cerrejón präsent. Aber selbst dieses Grundrecht wollten sie uns in den vergangenen Monaten nehmen, indem die Regierung und das Unternehmen uns Kühe, Ziegen oder Maschinen angeboten haben, damit wir im Gegenzug die sogenannten Vor-Vereinbarungen, die im STEAG Brief erwähnt werden, akzeptieren. Sind dies wirklich die Maßnahmen zur Unternehmensverantwortung von Cerrejón, in welche die deutschen Bezieher von Kohle aus Kolumbien vertrauen?

Es bleibt anzufügen, dass das Reservat Provincial sich aktuell in einem unabhängigen, autonomen und internen Konsultationsprozess ohne Beteiligung von Regierung oder Unternehmen befindet. Wir sind der permanenten Versprechungen und Lügen müde und möchten nicht länger diejenigen sein, die mit der Zerstörung und dem Hunger zurückbleiben, während gleichzeitig die breite Werbung von Unternehmen und Regierung dies als großen Fortschritt hin zu mehr Entwicklung und Wohlstand anpreist. Wir möchten Ihnen ans Herz legen, einmal über die Dimension der „Entschädigung“ in Bezug auf den Verlust unseres Landes, unserer Kultur, unserer Ernährungssouveränität nachzudenken. Entschädigung mit Geld? Mit Geschenken? In dem Brief der STEAG wird erwähnt, dass das Unternehmen Cerrejón im Jahr 2010 zehn Millionen US-Dollar in soziale Projekte investiert hat. Wenn wir von den Berechnungen einer Wissenschaftlerin ausgehen, entspricht dies vielleicht einem Gegenwert von fünf Tagen Kohleproduktion. Generell sind wir der Meinung, dass die konstanten Menschenrechtsverletzungen nicht einfach mit einigen CSR-Programmen oder sozialen Stiftungen kompensiert werden können, die man nebenbei noch als Werbung zugunsten des Unternehmens verwendet.

ARBEITNEHMERRECHTE

Bezüglich des Themas Arbeitsrechte würden wir es begrüßen, wenn Ihnen unsere Partner, die ArbeiterInnen des Unternehmens antworten würden. Aber es ist wichtig zu erwähnen, dass die Gewerkschaft der Cerrejón-ArbeiterInnen, SINTRACARBON, in unserer Forderung, den Ranchería-Fluss nicht umzuleiten, unterstützt. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass unsere Kohle eine der wichtigsten Bezugsquellen für den europäischen Kohlemarkt darstellt. Aber wir wollen darauf hinweisen, dass es notwendig ist, umfassend zu untersuchen, woher die Kohle kommt, welche die deutschen Firmen kaufen und in was für einem Kontext dieser großflächige Kohleabbau stattfindet. Ja, die kolumbianische Kohle dient dem Strombedarf vieler europäischer Familien, aber wir wollen

noch einmal herausstellen, dass dieser Nutzen mit massiven Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang steht.

FORDERUNGEN

Aus diesem Grund, sehr geehrter Herr Sierau, würden wir Ihnen gerne die folgenden Petitionen übermitteln.

- Setzen Sie sich bitte aus Deutschland für ein permanentes Monitoring der Menschenrechtslage im Einzugsgebiet der Kohleförderung der Firma Cerrejón ein
- Setzen Sie sich bitte für unabhängige Besuche in die Region ein, bei denen Interviews mit allen betroffenen Gemeinschaften geführt werden und nicht nur mit denjenigen Gemeinden, die von Cerrejón als „Entwicklungsmodelle“ dargestellt werden
- Fordern Sie bitte die Unternehmen dazu auf, ihre Lieferketten offenzulegen und mitzuteilen, wie viel Kohle von welcher Firma an welchen Stromversorger geliefert wird.

In Erwartung Ihrer Antwort auf diese Petition danken wir Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Mit freundlichen Grüßen,

JAIME ENRIQUE SOTO URIANA, Gouverneur des Rates des indigenen Reservats Provincial, Barrancas, La Guajira

LUIS EMIRO GUARIYU, Mitglied des indigenen Reservats Provincial, Barrancas, La Guajira

OSCAR GUARIYU, gewählter Vertreter der Gemeinschaft der Autoritäten und Räte der Wayúu-Indigenen des Südens der Guajira, AACIWASUG, Barrancas, La Guajira
Kein Bergbau mehr – keine Lügen mehr!

Spannendes Forum auf den Duisburger Umwelttagen

Norbert Bömer

Vom Umweltforum Duisburg initiiert und von weiteren Gruppen des Klimabündnis Niederrhein aktiv beworben befasste sich das Forum 1 der Eröffnungsveranstaltung mit dem Thema: „Stahlindustrie 2050 – sauber, klimafreundlich und Ressourcen schonend – Vision oder Illusion ?



Dank der intensiven Vorbereitung war das Forum mit gut 30 Teilnehmern/innen, vor allem aus der Umweltbewegung, gut besucht. Leider war es aber trotz einiger Bemühungen kaum gelungen, aktive Gewerkschaftskollegen aus den Duisburger Stahlbetrieben für diese Diskussion zu interessieren und als dann auch noch der Duisburger Bevollmächtigte der IG Metall kurzfristig aus Krankheitsgründen absagen musste, fehlte eindeutig ein wichtiger Partner in diesem notwendigen Dialog.

Trotzdem als Erfolg zu werten ist es, dass es erstmals gelang, ThyssenKrupp Steel Europe und die Hüttenwerke KruppMannesmann dazu zu bewegen, öffentlich mit Umwelt- und Klimaschützern aus Duisburg zu diskutieren. Norbert Bömer machte für das Umweltforum Duisburg den Aufschlag, insbesondere mit der Fragestellung, mit welchen Ideen und Technologien die Stahlindustrie daran arbeite, bis 2050 den CO₂ Ausstoß ihrer Prozesse radikal zu senken. Schon heute müsse man damit beginnen. (Die Folien können bei der Redaktion angefordert werden.)

Prof. Dr. Gunnar Still, Umweltschutzverantwortlicher von ThyssenKrupp Steel, stellte die gängigen Stahltechnologien vor, die technische Struktur der Hüttenwerke in Duisburg und einige Ansätze für CO₂ Minderungen und Forschungsvorhaben, die in der Europäischen Stahlindustrie gemeinsam verfolgt werden. (Die Folien können bei der Redaktion angefordert werden).

Die Zeit für die anschließende Diskussion war leider eindeutig zu kurz. Unklar und offen blieb vor allem, ob die Vertreter der Stahlindustrie es tatsächlich akzeptieren, dass auch sie an einer radikalen Senkung der CO₂ Emissionen arbeiten müssen, um den Klimawandel zu stoppen. Die Nähe zu führenden Vertretern

und Argumenten der Klimaskeptiker lässt daran Zweifel aufkommen. Für uns Aktivist*innen aus der Umwelt- und Klimaschutzbewegung war allerdings erkennbar, dass technische Alternativen wegen der riesigen Größenordnungen des CO₂-Ausstoßes bei der Stahlproduktion kein einfaches Unterfangen sein werden.

Als Positives bleibt, dass hier endlich mit diesem Dialog begonnen wurde und die Zusage gemacht wurde, ihn auch auf weitere Fragen, z.B. die der Luftreinhaltung auszuweiten.

Wald statt Kohle

Bärbel van Doornick

Unter diesem Motto hat das Klimabündnis-Niederrhein zum Solidarischen Sonntag in den Hambacher Forst eingeladen. Von verschiedenen Ortschaften am Niederrhein starteten einige Mitglieder des Bündnisses und Sympathisanten zum Aussichtspunkt bei Elsdorf, um sich dort das Ausmaß des Braunkohletagebaues anzusehen. Karl-Heinz Ochs von der Initiative Bergbaugeschädigter berichtete über Fakten zum Braunkohletagebau Hambach und von den Problemen der Umsiedler und Anwohner. Der Tagebau Hambach ist der größte Tagebau in Deutschland, hat eine Fläche bis zu 85 km² und die jährlich geförderte durchschnittliche Kohlemenge liegt bei 40 Mio. Tonnen. Die Menschen in der nahen Umgebung leiden unter dem Feinstaub, die der Tagebau mit sich bringt und ganze Dörfer sind von der Umsiedlung betroffen.

Um 14 Uhr waren wir mit den Waldbesetzer*innen im Hambacher Forst verabredet. Der Hambacher Forst, einst der größte Wald in der gesamten Region, fällt Jahr für Jahr ein Stückchen mehr Europas größtem Braunkohletagebau zum Opfer. Er besteht immer noch aus mindestens 600.000 Bäumen, ist in seiner Struktur 12.000 Jahre alt und durch einen hohen Anteil an Totholz, Eichen, Winterlinden usw. ein ökologisch wertvoller Lebensraum für eine Fülle von bedrohten Pflanzen- und Tierarten.

Gegen die Abholzung durch RWE spricht, dass ein Naherholungsgebiet verloren geht, ein wichtiger Schutz gegen den Tagebaustaub für die Orte Buir, Manheim und Morschenich verschwindet. Aufgrund des Verlustes an Lebensqualität, den gesundheitlichen und ökologischen Folgen des Braunkohleabbaus

regt sich vielfältiger Widerstand. Der uralte Hambacher Forst soll dem Geländefraß der Kohlestromindustrie zum Opfer fallen. Seit April dieses Jahres leben Menschen in diesem Wald. „Wir besetzen einen Teil des Hambacher Forstes, um ihn vor den Baggerschaufeln des Kohlestromriesen RWE zu schützen...“, so der erste Kommentar nach der Besetzung.

Wir waren dazu eingeladen, uns die geschaffene Infrastruktur der Besetzer*innen anzusehen und haben im regen Austausch über Umweltzerstörung und Widerstand debattiert. Im Gegenzug gab es dafür von uns selbst gebackenen überwiegend veganen Kuchen für die gesellige Runde mit den Bewohner*innen im Wald. Der Mittag endete mit einigen sozial- und umweltpolitischen Liedern, die Günther auf seiner mitgebrachten Gitarre begleitet hat.



*Bei den Waldbesetzer*innen*

Es ist ein interessanter und anregender Nachmittag gewesen, die Waldbesetzer*innen haben uns ermutigt uns weiterhin für die Belange der Umwelt einzusetzen und aktiv zu bleiben. Ein Spruch der Besetzer*innen: „Solange noch Bäume stehen, kann noch etwas getan werden.“

Reportage: Ein umweltpolitischer Sonntagsausflug ins Rheinische Braunkohle- Revier

Günther Bittel

Am 23. September organisierte das Klimabündnis Niederrhein einen gemeinsamen Sonntagsausflug zum Braunkohle-Tagebau der RWE AG nach Hambach und zu den Waldbesetzern im Hambacher Forst. Treffpunkt war der Aussichtspunkt Elsdorf,

dort wurden wir vom Vorsitzenden der Initiative Bergbaugeschädigter, Karl-Heinz Ochs, empfangen. Der Blick von der Aussichtsplattform verschlug uns die Sprache. Unvermittelt blickt man auf eine bizarr zerstörte Landschaft kaum vorstellbaren Ausmaßes. Der Braunkohle-Tagebau Hambach ist der größte Tagebau in ganz Europa und erstreckt sich momentan auf einer Fläche von 10 Kilometer Länge und 4,5 Kilometer Breite. Von den jetzt 45 Quadratkilometern soll er auf 85 Quadratkilometer ausgeweitet werden. Früher wurde im rheinischen Braunkohlerevier mit dem Abraum des Tagebaus wieder die Grube des ausgeplünderten Vorgänger-Tagebaus aufgefüllt, das ist inzwischen nicht mehr möglich. Die 240 Millionen Kubikmeter Abraum, die in Hambach jedes Jahr anfallen, türmen sich dort zu der inzwischen 200 Meter hohen Sofien-Höhe auf. Der Tagebau selbst geht bis zu 500 Meter in die Tiefe. Damit dieses Riesenloch nicht immer mit Grundwasser voll läuft, findet das so genannte Sumpfen statt, das Grundwasser wird bis zu 800 Meter Tiefe abgepumpt. Damit wird die ganze "Erft-Scholle" trocken gelegt. Während Fachzeitschriften diese Erft-Scholle unter dem Flüsschen Erft noch als das größte Trinkwasser-Reservoir Deutschlands ausweisen, ist dieses inzwischen praktisch vernichtet.

40 bis 50.000 Tonnen Kohle pro Tag wird für eines der nahe gelegenen Braunkohle-Kraftwerke der RWE benötigt. Durch das tiefe Ausbaggern entstehen in den Gemeinden der Umgebung zahlreiche Bergschäden. Karl-Heinz Ochs berichtete, dass sich in Elsdorf Häuser im Laufe von Jahrzehnten bereits bis zu vier Metern abgesenkt haben. Dadurch entstehen Risse und andere Bauschäden. Die Gutachter stellen dann in der Regel immer „Mängel in der Bauausführung fest“, so dass RWE dann die Entschädigung verweigert. Aber viel schlimmer sind die gesundheitlichen Schäden. Durch den Tagebau entsteht eine Feinstaub-Belastung von 134 Tonnen am Tag, im Vergleich dazu verursacht der gesamte Autoverkehr in Deutschland eine Feinstaub-Belastung von 156 Tonnen am Tag. Forscher der Harvard-Universität haben Feinstaub in der Zwischenzeit nicht nur als Verursacher von Krebs und Herz-Kreislauf-Krankheiten, sondern auch als Auslöser von Demenz identifiziert. Weiterhin wird auch radioaktives Gestein aus der Tiefe des Erdreichs ans Tageslicht befördert, pro Jahr kommen auf diese Art und Weise 88 Tonnen Uran zusammen, noch bedenklicher sind seine Zersetzungsprodukte Radon und Polonium. Bei dem hauptsächlich vorherrschenden Westwind

wurde vom Regierungspräsidium bisher eine Feinstaub- Messstation östlich des Tagebaus verweigert. Auch die Abgase der Braunkohle-Kraftwerke, die ebenfalls eine erhebliche Menge Feinstaub und Radioaktivität emittieren, ziehen so überwiegend in Richtung der Kölner Bucht. Der halbstaatliche RWE-Konzern hat eine ungeheure Macht, bereits in den 80er Jahren wurde im Zuge der so genannten RWE-Affäre aufgedeckt, dass dieser Konzern sich 200 parlamentarische



Klimabündnis Exkursion September 2012

Mandatsträger auf der Gehaltsliste hält. Das hat sich laut Herrn Ochs zwischenzeitlich nicht geändert. RWE bezahlt keine Förderungs-Abgaben und kein Wassergeld. Dafür erhält der Konzern pro Jahr über 7 Milliarden Euro staatliche Zuschüsse, davon 1 bis 1,5 Milliarden offene Subventionen, der Rest wird als Forschungsförderung für CCS, Fracking und andere umweltschädliche Verfahren überwiesen. Durch Spenden für Vereine, Kirchen und Gemeinden und durch eine enge Verquickung mit der lokalen Presse konnte RWE bisher massiveren Widerstand vermeiden. Ganze Gemeinden fielen bisher dem Tagebau zum Opfer, die Bewohner wurden umgesiedelt. Von den früher 70.000 Arbeitsplätzen im RWE Konzern werden jetzt 10.400 abgebaut, alle über 51-jährige Beschäftigte werden aus dem Betrieb gemobbt, teilweise mit der Erpressung, sonst würde ihnen die Betriebsrente gestrichen. In vielen Ortschaften im Braunkohlerevier gibt es rührige Bürgerinitiativen. Seit dem 14. April besetzt eine Gruppe von um die 50 jungen AktivistInnen den Hambacher Forst, ein großes an den Braunkohle-Tagebau angrenzendes Waldgebiet, welches inzwischen von RWE aufgekauft worden ist und der Erweiterung des Tagebaus zum Opfer fallen soll. Die nächste Station unseres Ausflugs galt deswegen natürlich den WaldbesetzerInnen.

Sie haben mitten im Wald einige Holzhäuser, Zelte und Baumhäuser errichtet, werden von Bauern und BewohnerInnen aus der Umgebung mit Wasser und Lebensmitteln versorgt. Sie ernähren sich vegan und versuchen, ein Leben in Verbindung mit der Natur zu praktizieren. Bei Kaffee und Kuchen und gemeinsamem Liedersingen entwickelten sich freundschaftliche Gespräche. Wir wurden eingeladen, über die Waldbesetzung und den Kampf gegen RWE und die Zerstörung der Lebensgrundlagen zu informieren und natürlich auch wieder zu kommen. Vom 26. bis 28. Oktober soll im Wald ein "Unräumbar - Festival " stattfinden, zu diesem Zeitpunkt wird auch mit der polizeilichen Räumung des Waldes gerechnet. (Kontakt www.hambacherforst.blogspot.de und Telefon 01573 7345865). Wir waren uns in unserer noch relativ kleinen Ausflugsgruppe vom Klimabündnis Niederrhein mit den ebenfalls dort erschienenen FreundInnen der BUND-Gruppe Koblenz einig, dass der Kampf gegen den Braunkohle-Tagebau unbedingt in die Agenda der Umweltbewegung aufgenommen werden muss und nicht nur ein lokales Anliegen ist, sondern alle angeht. Die Braunkohleverbrennung ist nicht nur die umweltschädlichste und klimaschädlichste Form der Verbrennung fossiler Energieträger, sie steht auch einer wirklichen Energiewende diametral entgegen. Um der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen wirksam entgegenzutreten, braucht die Umweltbewegung eine viel höhere Organisiertheit, müssen ArbeiterInnen- und Umweltbewegung sich zusammenschließen und muss das kapitalistische Gesellschaftssystem in Frage gestellt werden. Die Einladungsflyer zum ersten bundesweiten Vorbereitungstreffen (9. Dezember ABZ Gelsenkirchen) für den dritten internationalen Umweltratschlag fanden interessierten Absatz. Fazit: Das war ein sehr informativer und auch eindrucksvoller Sonntagsausflug, der zur Nachahmung einlädt.

Klimaratschlag Juni 2012

Klaus Kubernus-Perscheid

Auf dem Klimaratschlag, der am 2. Juni in DU Walsum stattfand, stellte Werner Engelhardt aus Bergkamen seine Positionen zum Thema „Fracking“ dar. Sein Vortrag stand unter dem Titel: „Hydraulic Fracturing - Ein verbrecherischer Akt der internationalen Energiekonzerne“



Werner Engelhardt

In seinem Vortrag stellte er Begriffe, Verfahren, die Technik sowie die daraus resultierenden Umweltrisiken des Frackings dar. Außerdem gab er einen Überblick über Pläne die in den USA, in Europa und in Deutschland momentan anstehen. Zum Ende des Vortrages wurden Widerstandsmöglichkeiten diskutiert.

Im Anschluss an den Ratschlag wurde nachfolgende Presseerklärung verfasst:

Klimabündnis spricht sich gegen „Fracking“ aus

In Duisburg-Walsum fand am vergangenen Samstag der Ratschlag des Klimabündnisses Niederrhein statt, dem sich bisher mehr als 30 Organisationen aus den Kreisen Kleve und Wesel sowie den Städten Duisburg und Krefeld angeschlossen haben. Werner Engelhardt aus Bergkamen informierte die Mitglieder des Klimabündnisses in einem Vortrag ausführlich über die Umweltgefahren, die durch das sogenannte „Fracking“ ausgelöst werden können.

„Fracking“ ist eine Methode, bei der versucht wird, in einer Tiefe von bis zu 4.000 m Gestein zu sprengen, so dass das in Schiefer, aber auch in Kohle gebundene Gas profitabel verwertet werden kann. Dadurch könnte es dazu kommen, so befürchten die KlimaschützerInnen, dass die Chemikalien, die bei den Gasbohrungen verwendet werden, das Grundwasser vergiften. Außerdem wird das so gewonnene Gas bedeutend klimaschädlicher eingeschätzt als das normale Erdgas, da durch Lecks in Leitungen oder undichte Bohrlöcher Methan direkt an die Atmosphäre abgegeben werden könnte.

Auch der Niederrhein ist von solchen Bohrungen betroffen. So wurde u.a. ein Gebiet von Issum über Wesel nach Schermbeck abgesteckt, das der Bezirksregierung zur Genehmigung vorliegt. Eine entscheidende Weichenstellung wird im September erwartet, nachdem ein Moratorium, das von der NRW Landesregierung und ExxonMobil vereinbart worden ist, abläuft und ein Gutachten im Auftrag der Landesregierung erstellt worden ist.

Nach der Diskussion erteilten die Anwesenden des Ratschlags einstimmig dem „Fracking“, das auch unkonventionelles Gasbohren genannt und gerne als eine Art alternativer, umweltfreundlicher Energiegewinnung dargestellt wird, eine klare Absage.

Gasbohren: Zu den Gutachten von UBM und NRW

*Ein Gastbeitrag von Marianne Juhre und
Gabriele Obschernicat von der
Interessengemeinschaft Gegen Gasbohren
Hammerkeln/Niederrhein*



Die ersten Tage nach der Vorstellung der beiden Gutachten von Bund und Land waren turbulent. Anfragen und Stellungnahmen kamen per Mail und Telefon. Die Medien berichteten und es galt genau dem Wortlaut zu folgen und nicht zu überhören, dass die Worte „vorerst nicht“ oder „so nicht“ häufig zu hören waren. Von einem Verzicht der unwägbaren Fracking-Techniken wurde insgesamt nicht gesprochen.

Nachdem die Textversionen der Gutachten vorlagen begann dann die eigentliche Arbeit, die noch andauert und komplex ist.

Bei den nun vorliegenden Gutachten von Bund und Land handelt es sich im Wesentlichen um die Feststellung von vorhandenen und fehlenden Erkenntnissen und

Handlungsempfehlungen, die dem Einsatz der Methode Fracking zur Akzeptanz verhelfen sollen. Die Gutachten bestätigen für den Teil der Tiefenbohrungen und den Einsatz von z.T. toxischen Chemikalien die Aussagen und Bedenken der KritikerInnen. Einige Analyse-Schwerpunkte der Gutachten seien hier genannt:

- Die bereits eingesetzten oder weiter entwickelten Frack-Fluide weisen ein mittleres bis hohes Gefährdungspotential aus (UBA und NRW).

- Substantielle, bedeutende Anteile verbleiben im Untergrund (NRW).

- Das Lagerstättenwasser kann eine erhebliche Gefährdung aufweisen (UBA).

- Die Rückflüsse (Flowback) weisen ein erhebliches Gefährdungspotential auf (UBA).

- Die Phase der Erkundung, sowie der folgenden Gewinnung unkonventioneller Erdgasvorkommen werden als raumbedeutsam im Sinne des Raumordnungsgesetzes eingestuft (NRW).

- Keine ausreichende Datenlage (UBA und NRW) Zitat: "Wir stellen zusammenfassend fest, dass zu einer fundierten Beurteilung dieser Risiken und zu deren technischer Beherrschbarkeit bislang viele und grundlegende Informationen fehlen (z.B. der Aufbau und die Eigenschaften der tiefen Geosysteme, Verhalten und Wirkung der eingesetzten Frack-Additive etc.)."

Das Gutachten des Landes NRW nimmt in besonderem Maße Stellung zur geologischen Formation und Lage der Kohleflöze, die zum Teil in niedrigen Tiefen liegen und damit in Trink- und Grundwassernähe. Beide Gutachten empfehlen u.a.:

- Keine Zulassung in Wassergewinnungsgebieten und Wasserschutzgebieten der öffentlichen Trinkwasserversorgung, in Heilquellenschutzgebieten sowie im Bereich der Mineralwasservorkommen.

- Standortspezifische Risikoanalysen,

- Regionale und lokale Geländeuntersuchungen,

- Ausbau eines bundesweiten Fracking-Registers,

- Weitere Forschungs- und Entwicklungsarbeit der Fracking-Technologie, sowie Entwicklung

von Frack-Fluiden mit geringerem Gefährdungspotenzial.

- Offenlegung aller eingesetzten Stoffe
- Aufbereitung und umweltgerechte Entsorgung des Flowback

Zeitgleich sollen zur Erkenntnisgewinnung wissenschaftliche Bohrungen durchgeführt werden. Wer diese durchführen, sie wissenschaftlich begleiten und auswerten und wer diese finanzieren wird, bleibt unerwähnt. In welchem Umfang, welcher Größenordnung sollen sie stattfinden? Werden die Städte und Gemeinden, die BürgerInnen am Entscheidungsprozess beteiligt? Wo sollen die benötigten und gigantischen Wassermengen entnommen werden und wer betreut die aufgegebenen Erkundungsbohrplätze nach deren Aufgabe?

Keine klaren Aussagen wurden über die Verpressung, Verklappung der Flowbacks gemacht. Disposalbohrungen, also Entsorgungsbohrungen, sind längst ein eigenes Problem. Ebenso setzte es sich nicht mit den CO₂-Emissionen auseinander. Die Haftung der Betreiber im Schadensfall (Beweislast) und die Aktualisierung des Bundesberggesetzes bleiben ebenfalls unberücksichtigt. Rechtssicherheit im Umgang mit Fracking ist unter Einbeziehung bestehender Gesetze und Richtlinien dringend anzumahnen.

Insgesamt sind diese Gutachten ein Einstieg in ein komplexes Thema, das Eingeständnis es hier mit einer Technik und Risiken zu tun zu haben, die in der Gänze nicht überschaubar sind und deren Auswirkungen auf unsere Habitate daher z.Z. nicht seriös kalkulierbar sind.

Das ist immerhin ein konstruktiver Anfang, eine erkenntnisleitende Aussage. Dennoch wurden und werden Aufsuchungserlaubnisse erteilt nach dem immer noch gültigen und unverändertem Bundesberggesetz. Eine Verweigerung ist schwerlich möglich, solange die dort beschriebenen Voraussetzungen erfüllt sind. Zu einer neuen Einschätzung, Aktualisierung und Anpassung an neue Techniken und Erkenntnisse ist der Gesetzgeber aufgefordert.

Erst zahlreiche Einwendungen und die aktive Aufklärungsarbeit der vielen Interessengemeinschaften und Bürgerinitiativen gegen diese Art nach Gas zu bohren haben zunächst zu einem Memorandum und letztendlich zu diesen

Gutachten geführt. Die Befassung mit dem Thema Fracking ist nicht beendet. Die kritische Begleitung und Aufmerksamkeit wird andauern.

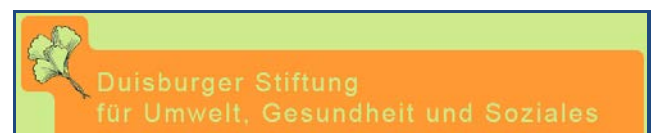
Und noch ein Wort zum Ausklang: Die häufig gehörten Aussagen man setze diese Technik schon seit Jahrzehnten(!) ein und eine Gefährdung sei bisher nicht eingetreten, ist kein schlüssiger Beweis. Da es erklärtermaßen keine Datenerhebungen gibt, bleiben berechnete Zweifel. Was sich finden ließe, würde man diese Aussagen zum Anlass nehmen um in den Anwendungsgebieten nach Auswirkungen und Rückständen zu suchen, könnte desillusionierend sein. Etwas wird nicht dadurch richtiger, indem man es nur lange genug wiederholt.

Jenseits des Wachstums

Klaus Kubernus-Perscheid

Ein lokales Bündnis aus AkteurInnen aus Gewerkschaften, Umwelt- und anderen sozialen Bewegungen, versucht zurzeit in Duisburg eine Veranstaltungsreihe zum Thema: „Jenseits des Wachstums – für den sozialen, ökologischen und demokratischen Umbau“ auf die Beine zu stellen. Eingeladen dazu hatte die Duisburger Stiftung für Umwelt, Gesundheit und Soziales. Mit eingebunden sind auch VertreterInnen des Klimabündnisses Niederrhein.

Durch Vorträge und ausführliche Diskussionen sollen die Ursachen, Wirkungsmechanismen und Folgen der ökologischen Krise und der Finanzkrise vermittelt und der Stand von Diskussion und Praxis zu deren Überwindung dargestellt werden.



In ihrem Konzeptpapier heißt es u.a.: „Der immer offensichtlicher werdende Klimawandel und die internationale Finanzkrise haben in den letzten Jahren die Diskussion um die Notwendigkeit tief greifender Transformationen von Wirtschaft und Gesellschaft intensiviert und vertieft.“

Es bedarf einer Umgestaltung der Wirtschaft, die alle Branchen und Unternehmen erfasst, und eine Veränderung der Lebensweise der gesamten Bevölkerung. Die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen von

Produktion und Konsum müssen an den ökologischen Notwendigkeiten und den sozialen Bedürfnissen ausgerichtet werden.“

Bisher sind dazu drei Veranstaltungen geplant, die von Februar bis April 2013 in Duisburg stattfinden sollen. Wir können darauf gespannt sein!

Elektromobil in der Kommune

Klaus Kubernus-Perscheid

„StromSTA® E-Mobil, der Strom an unseren Ladestationen, besteht zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien. Wer bei uns lädt, erspart der Umwelt somit Feinstaub, CO₂ und andere Schadstoffe.“ Mit diesem Slogan werben die Stadtwerke Aachen in ihrer Broschüre „Wir elektrisieren - Elektromobile Zukunft jetzt“ für ihren Fahrstrom StromSTA® E-Mobil.

Wenn es nach dem Wunsch der Bundesregierung geht, sollen im Jahre 2020 eine Million Elektroautos auf deutschen Straßen fahren. Die Werbebroschüren der Energieversorgungsunternehmen und Bundesregierung zeigen uns die Vorteile der Elektromobilität: Energieeffizient, lokal Emissionsfrei, geringe Lärmbelastung, Unabhängigkeit vom Erdöl. Nur die mangelnde Energiedichte von Akkus wird zurzeit noch als Hindernis gesehen, um Elektrofahrzeuge auf dem heutigen Markt durchzusetzen. Aber das Hindernis soll schon bald durch die Verwendung von alternativen Materialien aus dem Weg geräumt werden.

Dabei ist zu bedenken, dass die Produktion von Komponenten für die Elektromobilität (Akkus, Elektromotoren und Generatoren) von zahlreichen Rohstoffen abhängig ist, die in Europa nicht vorhanden sind oder aufgrund hoher Kosten und Umweltbelastungen nicht abgebaut werden. So wird der Anteil aller Seltenen Erden in einem Hybrid-Fahrzeug auf insgesamt 20 kg geschätzt. Ohne deren Einsatz wären z.B. Motoren und Generatoren mit höchsten Wirkungsgraden von über 90 % nicht erreichbar.

Der Bundesverband eMobilität e.V. beklagt schon jetzt auf seiner Webseite die „Preisexplosion“. Dort heißt es: „Die

Reduzierung der Fördermengen und Exportquoten durch die VR China führte zu Preissteigerungen beispielsweise bei Magneten um bis zu 800 % und könnte den Vormarsch der Elektromobilität entscheidend verlangsamen.“

Die großen Energieunternehmen engagieren sich mit gesponserten Aufladestationen für E-Bikes und wittern gute Geschäfte. Denn der Strombedarf soll dank Elektromobilität weiter steigen. Aus einem Arbeitspapier des Wuppertal-Institutes und ifeu, die den Strombedarf von 1 Million Elektrofahrzeuge mit 2 TWh angeben, ergeben sich für den gesamten Pkw-Bestand bei Ersatz durch Elektrofahrzeuge rund 93 TWh, was 16,4 Prozent des derzeitigen Stromverbrauchs entspricht.



E-Bike Ladestation am Bahnhof in Wesel

Das Thema Elektromobilität ist auch in den Kommunen angekommen und einige Stadtentwicklungs- und Klimakonzepte widmen sich diesem Thema. Meistens wird dabei außer Acht gelassen, dass vor allem der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs der entscheidende Faktor für eine klimaschonende Mobilität ist. Denn der Ressourcen- und Flächenverbrauch ist durch die Elektromobilität nicht geringer und die erforderliche Energie ist nur auf Kosten der Umwelt zu produzieren. Das Problem ist also nicht der Verbrennungsmotor, sondern der Individualverkehr. Konsequenter Klimaschutz ist nur mit einer konsequenten Abkehr vom Individualverkehr machbar!

Termine

Montag, 5. November 2012, 19 Uhr

"Neue" Konzessionsverträge für Gelderns Stromnetze
Referent: Stefan Taschner von BürgerBegehren Klimaschutz, Berlin
VHS in Geldern

Weitere Infos unter: <http://www.atomfreiesgeldern.de/>

Mittwoch, 7. November 2012, 19.30 Uhr

Das Aktionskomitee des Klimabündnisses trifft sich in Wesel
Pastor Wolf Str. 12

26. November bis zum 07. Dezember 2012

18. UN-Klimakonferenz in Doha, Katar

Samstag, 1. Dezember 2012

Global Climate Action Day



Das Klimabündnis ist ein Zusammenschluss von mehr als 30 Organisationen überwiegend aus dem Raum Krefeld, Duisburg, den Kreisen Wesel und Kleve.

Organisationen wie der BUND, NABU, attac sowie verschiedene Bürgerinitiativen und lokale grüne und linke Organisationen haben sich zusammengefunden, um gemeinsam die Bevölkerung am Niederrhein über die Folgen des Klimawandels aufzuklären, weitere klimaschädliche Projekte vor Ort zu verhindern und als starkes Bündnis auf die Umweltpolitik Einfluss zu nehmen.

Das Klimabündnis Niederrhein hat sich im Jahre 2008 gegründet, um ein Gegengewicht zu den Profit- und Machtinteressen vieler Akteure aus Wirtschaft und Politik in unserer Region zu bilden. Durch öffentlichen Druck will das Bündnis dazu beitragen, Blockaden in der Klimapolitik zu überwinden. Dazu sollen kritische Menschen in und außerhalb bestehender Organisationen miteinander vernetzt werden, um neue Aktions- und Handlungsspielräume zu entwickeln. Mit Veranstaltungen und Aktionen will das Bündnis die verschiedenen Auswirkungen und Einflüsse des Klimawandels auf das menschliche Leben aufzeigen und Alternativen zur gegenwärtigen Politik entwickeln. Das Klimabündnis fühlt sich der Umweltbewegung in Deutschland und der ganzen Welt verbunden.

Sprecher: Norbert Bömer, Klaus Kubernus-Perscheid und Wilfried Mohr

<http://www.klimabuendnis-niederrhein.de/>

Organisatorisches

Auf dem Sommerratschlag des Klimabündnisses Niederrhein, der am 2. Juni 2012 in DU Walsum stattfand, wurde folgende Passage im bisherigen Selbstverständnis aufgenommen:

Finanzen

Das Klimabündnis Niederrhein ist finanziell unabhängig. Es finanziert seine Aktivitäten selbst und organisiert dafür die notwendigen Mittel projektbezogen. Für die Finanzierung von gemeinsamen Veranstaltungen und Aktionen wird den Mitgliedsorganisationen ein freiwilliger Jahresbeitrag von 25 € empfohlen. Der Beitrag ist an das Konto des Verantwortlichen für Finanzen zu überweisen. Die Finanzen werden vom Aktionskomitee kontrolliert und sind gegenüber dem Klimaratschlag rechenschaftspflichtig.

Mitgliedsorganisationen

Ärzteinitiative Duisburg, Ärzte- und Apotheker-Initiative Niederrhein, Bürgerinitiative gegen Umweltgifte Duisburg-Nord, KV DIE LINKE Duisburg, SV DIE LINKE Dinslaken, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Attac Niederrhein, Bündnis 90/Die Grünen KV Wesel, KV DIE LINKE Kleve, KV DIE LINKE Wesel, OV DIE LINKE Moers/Neukirchen-Vluyn, Attac Duisburg, Bürgerinitiative Kontra Kohlekraftwerk Lünen, Bürgerinitiative gegen das Kohlekraftwerk Walsum, Bündnis 90/Die Grünen OV Duisburg-Walsum, Bündnis 90/Die Grünen Dinslaken, Ev. Kirchengemeinde Walsum-Aldenrade, Bürgerinitiative gegen Giftmüll e.V. Dinslaken, Bündnis 90/Die Grünen OV Geldern, Bündnis 90/Die Grünen OV Rheurdt, Bündnis 90/Die Grünen OV Kleve, Bündnis 90/Die Grünen OV Voerde, NABU Kreis Wesel, Bürgerinitiative Saubere Luft DU Rheinhausen, BUND Duisburg, Bündnis 90/Die Grünen OV Duisburg-West/Ruhrort, Bündnis 90/Die Grünen KV Duisburg, Bündnis 90/Die Grünen KV Krefeld, Bündnis 90/Die Grünen OV Rheinberg, BUND Wesel, Menschen gegen Atomanlagen (MegA), MLPD Duisburg Niederrhein, Niederrheinischer Umweltschutzverein (NUV), Umweltforum Duisburg

Impressum

Zeitung des Klimabündnisses Niederrhein

Verantwortlich i.S.d.P.:

Klaus Kubernus-Perscheid

Pastor Wolf Str. 12

46487 Wesel